



2005/06 webredaktion

<https://jungle.world/artikel/2005/06/dr-cand-radau>

Dr. cand. radau

Von **Christian Saehrendt**

Rechtsextreme Gewalttäter hatten auch schon vor 1933 an der Berliner Universität Einfluss. von christian saehrendt

Weit vor dem großen Jubiläum der Humboldt-Universität beauftragte der Akademische Senat eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema befassen sollte: »Die Berliner Universität und die NS-Zeit. Verantwortung, Erinnerung, Gedenken«. Ein gleichnamiges Symposium durfte Vorschläge machen, wie an die »Täter«, »Gegner«, »Opfer« und »Indifferenten« im hauptstädtischen Universitätsleben des »Dritten Reiches« erinnert werden kann. Der Phantasie wurden keine Grenzen gesetzt, kosten, so schickte die Universitätsleitung voraus, darf es allerdings nichts, bzw. kaum etwas. Eine kleine Auswahl an Ideen sei hier erwähnt: Preiswert und sinnvoll ist beispielsweise die Einarbeitung der NS-Geschichte in die Lehrpläne verschiedenster Fakultäten. Schön, aber teuer wäre die Einrichtung eines Universitätsmuseums mit thematischen Sonderausstellungen zur Wissenschaft in der NS-Zeit. Teuer und überflüssig wäre es, PR-Agenturen damit zu beauftragen, die Erinnerungsarbeit der HU nach außen darzustellen. Teuer wären auch künstlerische Wettbewerbe und Denkmäler. Da liegt es doch näher, eine Verbindung der Universität zum Denkmal der Bücherverbrennung zu schaffen, das auf der anderen Seite der Linden liegt. Hier wäre, so ein Vorschlag, eine temporäre Lichtbrücke zwischen Universität und Denkmal über die Straße hinweg zu schaffen.

Dass sich Berliner Studenten an der Bücherverbrennung im Mai 1933 beteiligten, wird immer noch als Kulturschock empfunden. Die Tat war jedoch keine Überraschung, sondern fast logische Konsequenz der Rechtsradikalisierung der Berliner Studenten während der Weimarer Republik. Lange Zeit vernachlässigte die historische Forschung den Antisemitismus und extremen Nationalismus der Studenten in der Weimarer Republik. Die Untersuchung des akademischen Milieus ist dabei von besonderem Interesse, weil es Multiplikatoren hervorbrachte, die Staat und Gesellschaft in leitenden Positionen beeinflussen konnten. Im folgenden Beitrag soll der Blick auf die politischen Auseinandersetzungen gelenkt werden, die zwischen 1918 und 1933 an der Berliner Universität stattfanden. Der Befund lautet: Die Berliner Universität wurde schon weit vor 1933 zu einer Zone innerhalb der Republik, in der Demokratie und jüdische Emanzipation nur eingeschränkt galten. Ab Ende der zwanziger Jahre lässt sich von systematischem und alltäglichem Terror nationalsozialistischer Studenten sprechen. Der Boden für die Machtübertragung an die NSDAP war hier schon lange vorbereitet.

Alltäglicher Antisemitismus

Schon während des reaktionären Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 diente die Universität den Aufrührern als Stützpunkt. Rektor Eduard Meyer ließ studentischen Aktivisten und Militärs im Universitätsgebäude freien Lauf. Zunächst kam er der Bitte des studentischen Vertreters nach, die Schließung der Universität zu verfügen, weil sich angeblich die Studentenschaft mehrheitlich der Nothilfe (einer Streikbrecherorganisation) und dem putschistischen Zeitfreiwilligendienst zur Verfügung stellen wollte. Der Studentenvertreter Biertimpel, vom Vorwärts als »kraftstrotzend und stimmstark, bewährt im Niederbrüllen pazifistischer Professoren« charakterisiert, erklärte unterdessen, er stehe auf der Seite der neuen Regierung. Rektor Meyer ließ eilig die Fahne des Kaiserreichs auf dem Gebäude hissen. Dieses Verhalten blieb nach dem Zusammenbruch des Putsches ohne ernsthafte Konsequenzen.

Nach 1919 verschärfte sich die soziale Situation vieler Studierender, Kriegsheimkehrer und Vertriebener, und der Zustrom von Studentinnen sorgte für eine überfüllte Universität. Wirtschaftskrise und staatliche Einstellungsstopps, die sich aus der angespannten Haushaltslage ergaben, schmälerten die Arbeitsmöglichkeiten der zahlreichen Absolventen, die nun einem scharfen Wettbewerb ausgesetzt waren. Unter Jungakademikern wuchs die Enttäuschung und Verunsicherung, sie hatten vom Staat ihre Existenzsicherung erwartet und lasteten die Misere der Republik an. In diesem Klima weckten der Fleiß und die Flexibilität vieler jüdischer Studierender Neid.

Die Gründung der Berliner Universität war mit dem Anspruch verbunden gewesen, Staat und Wissenschaft zu trennen. Nach Wilhelm von Humboldt hemmt staatliche Einmischung den wissenschaftlichen Fortschritt. Laut den Universitätsstatuten von 1816 stand die Hochschule nur unter der formalen Aufsicht, nicht unter der direkten Leitung des preußischen Staates. Es entstand eine universitäre Selbstverwaltung mit oligarchischem Charakter und einer eigenständigen Gerichtsbarkeit.

Die Urteile des Akademischen Senats über Auseinandersetzungen unter Studenten zeigen, dass der Antisemitismus im akademischen Milieu auch nach 1918 als Selbstverständlichkeit galt. Zum Beispiel wurde Georg Dienemann mit einem Verweis und einem consilium abeundi (einer Verwarnung, die der Exmatrikulation vorausgeht) bestraft, weil er auf eine antisemitische Provokation reagiert hatte. In der Stadtbahn hatte der Student Wilhelm Balk laut verkündet: »Unsere Reichshauptstadt wird immer teurer, schlechter und jüdischer.« Dienemann stellte Balk zur Rede und forderte »studentische Genugtuung«, die ihm jener verweigerte, weil Dienemann Jude sei. Dienemann schlug zu. Der Senat verurteilte sein »überaus rohes und eines Akademikers unwürdiges Verhalten«. Weil Balks Äußerung keine persönliche Beleidigung gewesen sei, habe Dienemann kein Recht gehabt, eine Entschuldigung oder gar studentische Genugtuung einzufordern. Er sei sozusagen selbst schuld, wenn er sich durch die Äußerung beleidigt gefühlt habe.

Die Ermordung des Außenministers Walther Rathenau schlug auch an der Friedrich-Wilhelm-Universität hohe Wellen, weil ein Mittäter dort studiert und agitiert hatte. Willi Günther, wegen Beihilfe zum Mord an Rathenau verurteilt, hatte zuvor für eine »Vereinigung von kriegsfreiwilligen, deutsch empfindenden Studierenden der fünf Berliner Hochschulen« Geldgeber gesucht. Aufgaben dieser Vereinigung seien die »Organisation von Fünf-Minuten-Rednern« nach dem Vorbild der Linken, von »Sprengtrupps für gegnerische Versammlungen« und Spitzeldienste gegen die Linke. Nur so könnten die Studenten künftige Putschversuche à la Kapp-Lüttwitz besser unterstützen.

In den folgenden Jahren gab es immer wieder Ereignisse, die die Feindseligkeit der akademischen und proletarischen Milieus der Stadt veranschaulichten: Als im Januar 1923 kommunistische Umzüge und die feierliche Rektoratsübergabe gleichzeitig Unter den Linden stattfanden, versuchten Demonstranten, die Hochschule zu stürmen. Einigen Chargierten wurden der Wuchs und die Fahnen zerrissen.

»Antifaschistische Studentenwehren«

Wie in anderen Bereichen der Gesellschaft täuschte auch an der Berliner Universität die lautstarke Propaganda über die tatsächliche Stärke der Kommunisten, zumal diese Propaganda durch die allgemein verbreitete Bolschewismusfurcht ungeheuer viel Resonanz bekam. Insgesamt konnten die kommunistischen Gruppen wohl kaum mehr als 70 Studenten an der Berliner Universität als aktive Unterstützer mobilisieren. Wegen ihrer zahlenmäßigen Schwäche fanden viele Veranstaltungen der parteitreuen Kommunistischen Studentenfraktion und der undogmatischen Roten Studentengruppe außerhalb der Universität statt, teilweise auch im Schutz des kommunistischen Milieus – im Rahmen größerer Versammlungen, so z.B. am 15. Februar 1931 während der »Kabarett-Matinee gegen die Kulturreaktion«, wo das Piscator-Kollektiv, Erich Weinert, Egon Erwin Kisch, Ludwig Renn und Bert Brecht auftraten. Das wichtigste Thema kommunistischer Agitation war die soziale Lage der Studenten. Hier wurden, analog zum berüchtigten Berliner BVG-Streik, auch informelle Koalitionen mit dem politischen Feind geschlossen. So ging aus einer Protestversammlung gegen höhere Studiengebühren am 10. September 1929, auf der auch die Studentengruppe der NSDAP zahlreich vertreten war, ein gewählter Kampfausschuss hervor, bestehend aus einem Nazi, einem Kommunisten, einem Parteilosen und einem Mitglied der RSG. Der Ausschuss sollte dem Kultusminister eine entsprechende Resolution überbringen.

Der Aufruf zur Bildung »antifaschistischer Studentenwehren« in der Zeitschrift Der Rote Student vom November 1931 fand wenig Resonanz, interessierte aber die Polizei um so mehr. Eine Rundfrage der Nachrichtensammelstelle im Reichsinnenministerium unter den preußischen Universitäten zeigte, dass linksradikale und antifaschistische Gruppen überall klein und randständig geblieben waren.

Alte Burschenherrlichkeit und völkischer Radikalismus

Ab 1926 sammelte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) das völkische Potenzial und präsentierte sich gegenüber den traditionellen, monarchistischen Korporationen als modernere und radikalere Bewegung. Wichtige Projekte der studentischen Rechten waren der Kampf um die Studentenvertretungen und um eine politisch möglichst autonome Körperschaft, die Studentenschaft, die dem Einfluss der Republik entzogen war, sowie die Hetze gegen jüdische Kommilitonen und der Gefallenenkult von Langemarck. »Vorstellungen alter Burschenherrlichkeit« ließen den Studenten »noch immer einen Typ als Ideal erscheinen, der in der heutigen Zeit vollkommen wertlos, wenn nicht sogar schädlich ist. Nicht ›bierehrliche‹ Stichfestigkeit, sondern politische Schlagkraft ist jetzt nötig«, forderte Hitler 1927 in den NS-Hochschulbriefen.

Nationalsozialisten zeigten auf folgende Weise Präsenz: »Am Freitag in der 11-Uhr-Pause war das Vestibül, wie täglich, von vielen studentischen Verbindungen besetzt, die durch Bildung von Kreisen Stehkonvente abhalten«, schrieb ein Zeuge über den 22. Februar 1929. »Der Kreis der etwa 25 nationalsozialistischen Studenten versperrte das rückwärtige Universitätsportal, so dass

Studenten, die von dort kamen, unbedingt durch den Kreis der Nazis hindurch mussten«, so der Zeuge. Durch dieses provokante Verhalten der Musterung und Misshandlung von passierenden Studenten wurden Tumulte ausgelöst. Diese und weitere Ereignisse zogen Polizeieinsätze nach sich, gegen die der Rektor protestierte, sich dabei auf die akademischen Sonderrechte berufend. In den Sophiensälen forderten kommunistische Studenten, »antifaschistische Studentenstaffeln« zu gründen, um »dem frechen Terror der faschistischen Studenten den roten Terror des Proletariats entgegenzusetzen. Keiner der im Saal anwesenden Nazis wagte auch nur einen Ton zu sagen«, berichtete die Rote Fahne, die den »Judenpogrom in der Universität« verurteilte und statt der »jovialen«, nachsichtigen Polizei die proletarische Selbstjustiz empfahl: »Es ist an der Zeit, dass ein paar handfeste Metallarbeiter und Rotfront-Kämpfer diese so genannte Stätte der Wissenschaft ausräuchern.«

Mitte November 1930 kam es zu dreitägigen Unruhen, die durch eine Flugblattaktion des republikanischen Deutschen Studentenbundes ausgelöst wurden. Bei der reichsweiten Aktion gegen den Vormarsch der Nazis an den Universitäten sollten 150 000 Flugblätter verteilt werden. Am 11. November 1930 wurden auf dem Vorhof der Universität Zettelverteiler von Nazis angegriffen, mehrere Aufzüge rechter und linker Gruppen fanden statt, die Tumulte setzten sich am Nachmittag fort.

Am 12. November 1930 verstärkten sich die Ansammlungen und Angriffe der völkischen Studenten. Hunderte Rechte im Gartenhof waren über Festnahmen empört, mit denen die Angriffe auf die republikanischen Flugblattverteiler geahndet worden waren. Der Rektor versuchte, die Studenten durch eine Ansprache zu beruhigen. Zugleich machte er sich ihre Forderung nach einem Abzug der Polizei zu eigen und erschien zur Rücksprache mit den Polizeioffizieren an der Spitze einer Menschenmenge. Die Polizei lehnte den Rückzug ab, mit dem Hinweis, dass die Flugblattverteilung noch andauere. Daraufhin eskalierte die Situation, weil sich die NS-Studenten von ihrem Rektor gedeckt glaubten. Chaos und Brutalisierung sprechen aus dem Bericht des Augenzeugen Heinz Alstede über die Ereignisse vom 12. November im Vestibül der Universität: »Die sozialistischen Studenten und Studentinnen standen an ihrem Brett. Sie waren eingeschlossen von einem großen Kreis nationalsozialistischer Studenten. (...). Dann ertönte auf einmal der Ruf ›SA sammeln‹ und ungefähr 100 Studenten stürzten sich auf die wenigen sozialistischen Studenten, die sich kräftig zur Wehr setzten. Mitten in diesem Getümmel fielen plötzlich zwei Schüsse. Woher sie kamen, bzw. wer sie abgefeuert hat, kann ich nicht angeben. Bei dieser Schlägerei hat sich besonders hervor getan ein Student, der einen in Zeitungspapier gewickelten Gegenstand in der Hand hatte. Es handelte sich dabei um einen so genannten Totschläger.« Nun hatten sich die Ereignisse so weit herumgesprochen, dass rechte und linke Gruppen weitere Anhänger mobilisieren konnten. In sicherer Erwartung, dass sich die Vorgänge vom 11. und 12. wiederholen würden, wurde das Hauptgebäude am 13. November 1930 von morgens an von Zivilpolizisten überwacht. Gegen Mittag sammelten sich NS-Studenten im Gartenhof, andere blockierten den Haupteingang Unter den Linden. Am Gebäudeeingang zum Gartenhof standen etwa 60 Studenten, die die »Internationale« sangen. Eine bald darauf beginnende Schlägerei beendeten die Beamten, wobei die Nazis versuchten, die Polizisten durch Schließen der Gartentore einzukesseln. Der Student Ernst Dietrich glaubte zu sehen, wie ein Beamter einem seiner Kommilitonen einen Schlag mit dem Gummiknüppel versetzte. Er schrie: »Die Nummer dieses Schweins muss festgestellt werden.« Im nächsten Augenblick wurde er selbst festgestellt und bald darauf vom Schnellrichter zu 60 Reichsmark Geldstrafe wegen Beleidigung verurteilt. Am Mittag tauchten NS-Funktionäre auf, die ihre

Anhänger zum Abzug aufriefen, daraufhin entspannte sich die Lage auf dem Universitätsgelände. Anschließend bildeten die Nazi-Studenten einen Demonstrationzug in der nördlichen Friedrichstraße. Während die deutschnationale Presse die Vorfälle herunterspielte, herrschte in den republikanischen Zeitungen Empörung über den »Knüppelkomment« der nationalistischen Studenten und ihren Versuch, »die Vorrechte der aristokratischen Klassenteilung früherer Zeiten« wiederzugewinnen. Besonderes Aufsehen erweckte der Überfall mehrerer Studenten auf eine jüdische Kommilitonin, die, schon am Boden liegend, mit Fußtritten verletzt wurde.

Die Universitätsgremien, Rektor und Senat erklärten sich für überparteilich, gingen aber de facto gegen republikanische und linke Aktivitäten schärfer vor. Sie wollten einerseits die Parteipolitik der Weimarer Republik aus der Universität heraushalten, waren andererseits ratlos, wie sie dem wachsenden völkischen Druck aus der Studentenschaft begegnen konnten. Das Beharren der Universitätsvertreter auf ihrem traditionellen rechtlichen Sonderstatus, auf einer »Exterritorialität«, die die republikanisch geführte Polizei zu respektieren habe, nützte in der aufgeheizten politischen Atmosphäre den Bestrebungen der Nazis, die Hochschule zu erobern.

1933: Die nachträgliche Legitimierung der Gewalt

Die 1933 folgenden Erlasse des Kultusministeriums legitimierten die völkischen Provokationen und Straftaten im Nachhinein. So wurden im April 1933 alle akademischen Strafen, die über Studierende wegen politischer Handlungen verhängt worden waren, kassiert, sofern diese Handlungen »aus nationalen Beweggründen« begangen worden waren. Das »Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Hochschulen« führte eine Zulassungssperre für jüdische Studienbewerber ein. Kommunistische Gruppen wurden verboten und ihre Anhänger nachträglich bestraft: »Alle Studierenden in preußischen Hochschulen, die sich in den vergangenen Jahren nachweislich im kommunistischen Sinne betätigt haben (auch ohne Mitglied der KPD zu sein), sind mit sofortiger Wirkung vom Universitätsstudium auszuschließen. (...) Zur Feststellung der betreffenden Studierenden ist die Mitarbeit der örtlichen Studentenschaften heranzuziehen.« Der Denunziation waren damit Tür und Tor geöffnet. Studentische Hilfspolizisten fahndeten nun nach linken Aktivisten, die ihnen aus den Auseinandersetzungen vor 1933 häufig noch gut bekannt waren.